



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



REISEN

Fluss- und Hochseekreuzfahrten jetzt buchen

AKTUELLES

SoVD und DGB: Zehn Punkte zum Mindestlohn

BERATUNG

Patientenberatung feiert Tag der offenen Tür

AKTUELL

Aktuelle Zehn-Punkte-Erklärung vor Medienvertretern am Landtag präsentiert

SoVD Niedersachsen und DGB fordern Mindestlöhne

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der in Niedersachsen wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 15. Januar in Hannover stellten die beiden Verbände ihre „Zehn-Punkte-Erklärung zu Mindestlöhnen“ vor und forderten die niedersächsische Politik auf, sich für diesen generellen Stundenlohn stark zu machen.

„Mindestlöhne dürfen keinesfalls weniger als 7,50 Euro pro Stunde betragen. Denn Niedriglöhne machen doppelt arm: zunächst im Erwerbsleben und später im Alter, weil kaum Renten-Anwartschaften erworben werden“, sagte die 2. SoVD-



Ulrich Gransee (DGB) und Edda Schliepack (SoVD Niedersachsen)

Hier einige Ausschnitte aus der gemeinsamen Erklärung von SoVD und DGB zum Mindestlohn (das gesamte Dokument ist unter www.sovd-nds.de zu finden):

Verlust der sozialen Mitte

In Niedersachsen gibt es einen deutlichen Trend zur sozialen Polarisierung. Die soziale Mitte nimmt langsam ab, während relative Armut und relativer Reichtum wachsen. Das zeigt sich auch dadurch, dass immer mehr Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können. Laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hat die Zahl von Menschen, die in Niedersachsen trotz einer Erwerbstätigkeit Arbeitslosen-

geld II zur Sicherung ihrer Existenz benötigen, im April 2007 den Höchststand von rund 114.000 erreicht.

Doppelte Armut

Die Zunahme von Niedriglöhnen und Einkommensarmut stellt einen Risikofaktor für künftige Altersarmut dar. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen, die über keine kontinuierliche Erwerbsbiografie verfügen und oft geringere Löhne für gleichwertige Arbeit hinnehmen müssen.

Kinder besonders betroffen

Niedriglöhne treffen nicht allein die Arbeitnehmer, sondern auch deren Familienangehörige.

Ganz besonders betroffen sind die Kinder. So wird die Zahl der auf Sozialhilfeniveau lebenden Kinder bis 18 Jahre in Deutschland auf 2,2 bis 2,5 Millionen geschätzt. In Niedersachsen beziehen über 200.000 Kinder unter 15 Jahren Sozialgeld nach dem SGB II.

Kombilöhne sind keine Lösung

Kombilöhne sind in fast allen politischen Lagern populär. Die Beschäftigungseffekte aller bisherigen Modelle sind - wenn überhaupt - nur sehr gering. Modellrechnungen haben gezeigt, dass eine flächendeckende Ausdehnung sehr teuer würde. Wegen der Ersetzung von regulärer Arbeit durch subventio-

nierte Beschäftigung werden kaum positive Effekte erzeugt.

Landesvorsitzende und Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, Edda Schliepack vor zahlreichen Medienvertretern. „Besonders alleinerziehende Frauen mit Kindern sind einmal mehr von solchen Hungerlöhnen betroffen. Dagegen wehren wir uns“, erläuterte Schliepack. Zusammen mit den DGB Niedersachsen - Sachsen-Anhalt - Bremen hat der SoVD seine Schlussfolgerungen deshalb in einer zehn Punkte starken Erklärung zusammengefasst und der Öffentlichkeit präsentiert. Darin beklagen die beiden Verbände durch das bisherige Fehlen von Mindestlöhnen unter anderem den Verlust der sozialen Mitte, Alters- und Kinderarmut sowie Lohndumping.

Qualifizierung und Förderung

Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Deshalb sind Förderung und Qualifizierung sicherzustellen.

Schwarzarbeit wird verhindert

Menschen arbeiten in der Regel „schwarz“, weil sie von ihrem geringen Lohn nicht leben können. Da der Mindestlohn für ein höheres Einkommen sorgt, sind sie nicht mehr auf Schwarzarbeit angewiesen - Schwarzarbeit wird effektiv bekämpft.



Adolf Bauer

Liebe Mitglieder,

im Jahr 2008 haben die Niedersachsen ein neues Parlament und damit eine neue Landesregierung gewählt - es ist die gleiche wie schon in der vergangenen Legislaturperiode. Der SoVD Niedersachsen gratuliert dem Ministerpräsidenten Christian Wulff und seiner Mannschaft deshalb herzlich zur Wiederwahl.

Als überparteilicher Verband werden wir auch in Zukunft mit allen Regierungen das Gespräch suchen, konstruktiv mit ihnen zusammenarbeiten und unsere Forderungen im Interesse der betroffenen Menschen deutlich formulieren. In den zurückliegenden Jahren hat dies im Lande erfreulicherweise immer besser funktioniert, der SoVD Niedersachsen wird von Politik und Verwaltung - gerade wegen gelegentlich entgegengesetzter Positionen und Auffassungen - gehört, beteiligt und ernst genommen. Besonders hervorzuheben ist die gute Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat sich als absolut erfreulich erwiesen. Die Ministerin Mechthild Ross-Luttmann und der SoVD Niedersachsen stehen inzwischen in einem regelmäßigen Gedankenaustausch. Dies hat sich auch beim im November 2007 verabschiedeten Gleichstellungsgesetz des Landes wieder positiv ausgewirkt. Dabei war der SoVD maßgeblicher Teil des Bündnisses, das sich für die behinderten Menschen erfolgreich stark gemacht hat. Auf diesem Weg werden wir deshalb weitermachen, damit die soziale Gerechtigkeit im Lande nicht aus dem Auge verloren wird.

2. Landesvorsitzender und niedersächsischer Finanzminister beim Kreisverband Hildesheim-Alfeld

Neues Sozialberatungszentrum öffnet die Türen



Die neue Geschäftsstelle in Hildesheim ist einem Neubau in der Oststadt untergebracht.

Am 18. Januar 2008 wurde in Hildesheim das neue SoVD-Sozialberatungszentrum eingeweiht.

Der Kreisverband konnte unter

den zahlreichen Ehrengästen auch den niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring begrüßen. Die Eröffnungsgespräche hielt für den SoVD

Niedersachsen der 2. Landesvorsitzende Horst Wendland.

Der 1. Kreisvorsitzende, Gerhard Schuck konnte unter den Gästen den stellvertretenden Landesgeschäftsführer Dirk Kortylak ebenso wie Landeschatzmeister Bruno Hartwig begrüßen.

Zu den weiteren Ehrengästen zählte auch Jürgen Vespermann, Geschäftsführer des im gleichen Hause angesiedelten Medizinischen Dienstes. Als Vertreter der Stadt Hildesheim sprach Bürgermeister Henning Blum. Er brachte die Bedeutung der Arbeit des SoVD in kurzen Worten auf den Punkt: „Ihr wisst, wo der Schuh drückt“.

Die Gäste der Einweihungsfeier zeigten sich wie die übrigen Besucher begeistert von den hellen, großzügigen Räumen des neuen Sozialberatungszentrums. Vor allem die Einzelbüros kamen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des

Hildesheimer Teams bestens an.

Die neue Beratungsstelle ist einem Neubau in der Hildesheimer Oststadt untergebracht. Die neue Anschrift lautet: von Voigts-Rhetz-Str. 2, 31135 Hildesheim. Telefon 05121-74790, Fax: 05121-747921, Internet: www.sovd-hildesheim.de



Hartmut Möllring